

## Rede Festveranstaltung des österreichischen Konsulates in Hannover

---

Check speech against delivery

Vienna, 25 October, 2016

### **Sehr geehrte Damen und Herren,**

Lassen Sie mich zuallererst meinen Dank die Einladung zur diesjährigen Festveranstaltung des Konsulates anlässlich des Nationalfeiertages aussprechen und für die Ehre, einige Worte zu einem der drängenden Themen unserer Zeit an Sie zu richten.

Wenn man über Migration spricht, ist es immer wichtig sich einige fundamentale Wahrheiten vor Augen zu führen. Im Gegensatz zum Eindruck, der durch die mediale und öffentliche Diskussion erweckt wird, machen Internationale MigrantInnen nur einen vergleichsweise geringen Teil der Weltbevölkerung aus. Kurz gesagt – die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung zieht es vor, in ihrer jeweiligen Heimat zu bleiben. Für das Jahr 2015 schätzten die Vereinten Nationen eine Gesamtzahl von 243 Mio. MigrantInnen, das entsprach rund 3,2% der Weltbevölkerung. Im Vergleich dazu war der Wert im Jahr 2000 bei insgesamt 174,9 Mio. MigrantInnen gelegen - oder anders ausgedrückt 2,9% der damaligen Weltbevölkerung. Die Zahl von 2015 hatte sich gegenüber dem Jahr 1970 zwar verdreifacht, der Anteil der MigrantInnen an der Weltbevölkerung war aber nur um 1,2 Prozentpunkte gestiegen.

Gleichzeitig waren die einzelnen Weltregionen unterschiedlich stark von diesem Anstieg betroffen. Hatten 1970 rund 47% aller MigrantInnen in den hoch industrialisierten Staaten gelebt, liegt dieser Wert heute bei etwa 65%. Die Zahlen machen zweierlei deutlich. Migration ist beileibe kein Massenphänomen, sondern freiwilliges oder unfreiwilliges Lebensmodell einer kleinen Minderheit. Da aber die Hauptrichtungen internationaler Migrationsbewegungen von den ökonomischen Peripherien in die hoch industrialisierten Zentren Europas und Nordamerikas, nach Australien, Neuseeland und in die Golfregion weisen, verzeichneten diese Staaten in den letzten drei Jahrzehnten deutliche Zunahmen. Dazu kommt der dramatische Anstieg staatlicher Fragilität und gewaltsamer Konflikte. Für Juni 2016 schätzte das UNHCR die Zahl der weltweiten geflohenen und vertriebenen Personen auf mehr als 65 Millionen. 2002 war dieser Wert noch bei 22 Millionen gelegen.

Obwohl der große Mehrheit der der globalen Flüchtlinge in den Nachbarländern der großen Konflikte Zuflucht findet, hat ein nicht unbeträchtlicher Teil von ihnen das Territorium der EU erreicht und wird auch in Zukunft versuchen das zu tun. Im Jahr 2015 suchten rund 1,3 Millionen Personen um Asyl in einem der EU-Mitgliedsstaaten an, die höchste Zahl seit mehr als 60 Jahren. Österreich registrierte dabei insgesamt 88.000 Asylbewerber. Die Zahlen des Jahres 2015 haben das Land sicher nicht an seine Belastungsgrenze geführt, aber ebenso sicher einer erheblichen Belastungssituation ausgesetzt. Österreich hat dabei im Pro-Kopf-

Bereich wesentlich mehr geleistet als nahezu alle anderen Industriestaaten. Ohne sich auf eine Diskussion über verkraftbare Größenordnungen einlassen zu wollen, steht doch fest: Eine mehrmalige Wiederholung der hohen Zahlen von 2015 würde Österreich tatsächlich vor sehr große Probleme stellen. Wir brauchen also Lösungen – auf einzelstaatlicher aber vor allem auf europäischer und globaler Ebene.

Wir befinden uns dabei mit Sicherheit in einer besonders schwierigen Phase der europäischen Migrationsgeschichte; und wir wissen noch nicht, wie diese Phase ausgehen wird. Drei zentrale Faktoren sind dabei bestimmend: das Naherücken der großen globalen Konflikte an die Außengrenzen der EU; die demografische Situation in Europa, Asien und Afrika; und die politische Krise der Union.

Man muss es nochmals unterstreichen: Es sind vor allem gewaltsame Konflikte, die spontane und große Wanderungsbewegungen auslösen. Und die großen Konflikte der Gegenwart finden in der unmittelbaren oder weiteren Nachbarschaft der EU statt: in Syrien, Afghanistan, Irak, Somalia, Sudan, Eritrea, oder der Ukraine. Die großen Fluchtbewegungen in den europäischen Raum der Jahre 2015 und 2016 sind eine fast logische Folge.

Gleichzeitig befinden sich Europa und die Welt in einem demografischen Umbruch. Die Bevölkerung Europas wird in der Tendenz immer älter werden und gleichzeitig schrumpfen, mit absehbar negativen Folgen für Wirtschaftswachstum und Sozialstaat. Obwohl Migration die Herausforderungen des demographischen Wandels keinesfalls alleine lösen kann, wird das ohne Migration auch nur schwerlich gelingen. Leider wird es dabei kein automatisches Zusammenfinden von "Migrationsangebot" und "Migrationsnachfrage" geben. In den Hauptursprungsregionen Internationaler Migration (Naher und Mittlerer Osten, Zentralasien, Afrika) leben heute rund 2 Mrd. Menschen. 2050 werden es 3,6 Mrd. sein. Selbst ein deutlich steigender Bedarf nach Zuwanderung in Europa wird nur einem geringen Teil dieses Bevölkerungsanstieges eine Option zur Migration nach Europa bieten können. Wir werden diese Migration weiterhin steuern müssen. Das wird uns aber nur gelingen, wenn wir das in enger politischer Zusammenarbeit innerhalb der EU und mit den Ursprungsländern tun. Letztere müssen wir dabei stärker als Partner wahrnehmen, die ihre eigenen Probleme und ihre legitimen Interessen haben.

Wie steht es nun aber mit der europäischen Zusammenarbeit? Einfach gesagt, die Lage könnte besser sein. Die EU hat die Folgen der Finanzkrise von 2008 niemals ganz überwunden. Bezüglich der Wirtschafts-, Haushalts- und Arbeitsmarktsituation driften die leistungsstarken und weniger starken Mitgliedsstaaten immer weiter auseinander. Das hat zur Folge, dass manche von ihnen – Deutschland, Schweden, Österreich – zu attraktiven Zielländern werden. Diese Staaten haben – genau wie jene an den südlichen und südöstlichen Außengrenzen - ein vitales Interesse an solidarischen europäischen Lösungen. Diejenigen Mitgliedsstaaten, die nicht unter diese Gruppe fallen, haben ein solches Interesse nicht. Folglich konnte bisher noch keine Einigung bezüglich gemeinsamer innereuropäischer Lösungen erzielt werden.

Diese Lösungen braucht es aber, weil das bestehende gemeinsame Migrations- und Asylsystem der EU nicht mehr funktioniert. Es wurde für eine kleinere und wirtschaftlich homogenere Union entwickelt und war auf wesentlich geringere Flüchtlings- und Migrationszahlen ausgerichtet. Für die gegenwärtigen Herausforderungen ist es schlicht ungeeignet.

Für die Zukunft ergeben sich drei grundsätzliche Optionen. Erstens könnte versucht werden, das gegenwärtige System beizubehalten bzw. zu reformieren. Angesichts der tiefen Gegensätze innerhalb der EU wird diesem Ansatz nur wenig Erfolg beschieden sein. Die Konsequenz wäre wahrscheinlich sein endgültiger Zusammenbruch mit entsprechenden weitreichenden Konsequenzen für den Fortbestand der EU in ihrer jetzigen Form.

Zweitens könnte natürlich versucht werden, Fragen der Migration, des Internationalen Schutzes und der Grenzsicherung im Rahmen einer „Renationalisierung“ wieder hauptsächlich auf nationalstaatlicher Ebene zu lösen. Das würde wiederum Grundprinzipien der EU nachhaltig berühren und gleichzeitig die Probleme der MS an den jetzigen EU-Außengrenzen aufs massivste verschärfen. Flucht- und Migrationsströme würden sich angesichts verringerter Optionen in einer EU mit nationalen Grenzen unter Umständen verringern, sie würden aber mit Sicherheit nicht abreißen. Die südlichen MS würden rasch an ihre Kapazitätsgrenzen gelangen, dies hätte nur schwer absehbaren Folgen für ihre staatliche und soziale Stabilität, die wiederum die EU als Ganzes betreffen würden. Vieles spricht also dafür dass kein MS die Herausforderungen der Zeit alleine lösen kann, weder im Rahmen einer Renationalisierung innerhalb der EU noch einzelstaatlich außerhalb der EU. Wenn 10.000 Menschen an der Grenze stehen, stößt jedes unilaterale Handeln an seine Grenzen. Alle europäischen Staaten müssen an gemeinsamen Lösungen arbeiten, die 1.) die weitgehende Kontrolle über Migrationsbewegungen garantieren; 2.) einer möglichst großen Zahl von Flüchtlingen den Zugang zu Schutz gewährleisten - in den Krisenregionen selbst aber auch in allen anderen Mitgliedern der Staatengemeinschaft; und 3.) einen besseren politischen Konsens und Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern herstellen als das bisher der Fall war. All das wird mühsam und teuer; es gibt aber keine Alternative.

Vor diesem Hintergrund muss versucht werden, eine neue Europäische Migrationsarchitektur zu entwickeln und umzusetzen. Diese muss fachlich fundiert sein, gemeinschaftlich diskutiert, entwickelt und beschlossen werden, und vom Geist europäischer Solidarität getragen sein. Unter dem Schlagwort „Geordnete Migration“ muss die EU-Dimension der Migrationsgouvernanz eine grundsätzliche Neuausrichtung erfahren. Bis jetzt ist diese Neuausrichtung allerdings angesichts der geschilderten Interessengegensätze noch nicht so richtig in Schwung gekommen.

Nach „außen“ gab es in im letzten Jahr mehr Bewegung: der „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei, der Gipfel in Valletta, ein neuer Rahmen für die Zusammenarbeit mit wichtigen afrikanischen Ursprungsländern der EU, der UN-Gipfel in New York vom September sind alles wichtige Initiativen, die wieder Bewegung in die europäische und globale Migrationspolitik gebracht haben. Sie alle stellen aber nur erste Schritte dar, vor allem wenn es um wirkliche und nachhaltige Lösungen für die mehr als 65 Millionen Flüchtlinge auf der Welt geht.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine ganz wichtige Bemerkung: Wir dürfen Migration nicht immer nur im Zusammenhang mit tatsächlichen und angeblichen Krisen betrachten. Migration spielt eine überwiegend positive Rolle für die Ökonomien sowohl der Ziel- als auch der Ursprungsländer. Sie hat das Potenzial zur Lösung der absehbaren Probleme beizutragen, die sich aus der demografischen Alterung in Europa ergeben. Sie leistet einen zentralen entwicklungspolitischen Beitrag. Und sie ist nicht zuletzt auch persönlich bereichernd, wie viele der Migrantinnen und Migranten bestätigen werden, die heute im hier Raum sind.

In diesem Sinne möchte ich mit einem positive Bezug schließen und Ihnen noch eine vergnügliche Festveranstaltung anlässlich des österreichischen Nationalfeiertages wünschen.